



Klaus Schönhoven

## Freiheit durch Demokratischen Sozialismus

Willy Brandts Überlegungen zum  
programmatischen Selbstverständnis der SPD

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**



Reihe  
**Gesprächskreis Geschichte**  
Heft 98

Klaus Schönhoven

## **Freiheit durch Demokratischen Sozialismus**

Willy Brandts Überlegungen zum  
programmatischen Selbstverständnis der SPD

---

Gesprächskreis Geschichte

Heft 98

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke  
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen  
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: [Eva.Vary@fes.de](mailto:Eva.Vary@fes.de)  
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

© 2013 by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bonn

Redaktion:  
Julia Lembke, Eva Váry, Meik Woyke

Gestaltung und Satz:  
PAPYRUS – Schreib- und Lektoratsservice, Buxtehude

Umschlag:  
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:  
Katja Ulanowski

Druck:  
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-408-2  
ISSN 0941-6862

## Inhalt

Jürgen Burckhardt	
<b>Begrüßung</b> .....	4
Dieter Dowe	
<b>Grußwort der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung</b> .....	9
Klaus Schönhoven	
<b>Freiheit durch Demokratischen Sozialismus</b>	
Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD .....	11
Zum Autor .....	36

## Begrüßung

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herr Professor Dr. Schönhoven, Herr Professor Dr. Dowe, Frau Dr. Kruke, Herr Dr. Woyke, ich begrüße Sie hier in der Friedrich-Ebert-Stiftung sowohl im Namen des Vorstands als auch im Namen des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.<sup>1</sup>

Ein besonderer Willkommensgruß gilt Frau Professor Dr. Seebacher, Mitglied des Kuratoriums der Willy-Brandt-Stiftung. Wir freuen uns, dass Sie heute dabei sind!

Stellvertretend für frühere Mitarbeiter Brandts in Kanzleramt, Baracke oder Fraktion, von denen einige hier sind, begrüße ich Frau Dr. Wulf-Mathies, ehemaliges Mitglied der EU-Kommission.

Stellvertretend für die früheren Stiftungsmitarbeiter, die ich hier sehe und von denen ich weiß, dass sie Brandt vor allem im Ausland betreut oder ihm zugearbeitet haben, begrüße ich Dr. Horst Heidermann, ehemaliger Geschäftsführender Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Herr Professor Klaus Schönhoven präsentiert heute mit seinem Vortrag die Edition politisch-historischer Reden Brandts mit der Überschrift „Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD“. Der Band selbst trägt – ganz im Sinne Brandts – den Titel „Im Zweifel für die Freiheit“.

Sie alle wissen, Willy Brandt war über Jahrzehnte Mitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er hat ihre Arbeit aufmerksam begleitet und durch vielfältige Anregungen, Reden und durch sein Handeln nachhaltig gefördert.

---

<sup>1</sup> Diese Broschüre dokumentiert eine Veranstaltung des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, die am 6. November 2012 in Bonn stattgefunden hat. Präsentiert wurde die Publikation: *Willy Brandt, „Im Zweifel für die Freiheit“*. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, hrsg. und eingel. von *Klaus Schönhoven* (Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 2), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012.

Die Stiftung selbst konnte ihn durch ihr internationales Netzwerk mit Projekten in über 100 Ländern der Welt unterstützen – vor allem in seinem Wirken an der Spitze der Sozialistischen Internationale und als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission der Vereinten Nationen. Nebenbei im Politischen Club hat er viele Staatsmänner aus allen Teilen der Welt, Opponenten und Dissidenten zum Gespräch empfangen.

Eng verbunden war er mit der Entwicklung des Archivs der sozialen Demokratie, in das er über Jahrzehnte Schriftmaterial aus seinen Büros eingebracht hat.

In seiner Rede zur Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie 1969 sagte er:

„Dieses Archiv, für dessen Errichtung ich mich als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachdrücklich eingesetzt habe, versteht sich zunächst als Sammelstelle von Quellenmaterial zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Es soll darüber hinaus Forschungen anregen und selber betreiben. Seine Bemühungen sind damit Teil der sozialgeschichtlichen Forschung in unserem Lande.“

In dieser Rede betonte er, dass das Archiv mit seinen Akten und Bibliotheksbeständen „der politischen Bildung und der Festigung des demokratischen Bewusstseins dienen“ solle. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Demokratischen Sozialismus sei „auch die Geschichte der permanenten Absage an die Verlockungen totalitärer Ansprüche und Ideologien, die Geschichte eines redlichen Ringens um die Durchsetzung politischer und sozialer Vorstellungen“.

Klaus Schönhoven hat in seiner – in der Reihe „Gesprächskreis Geschichte“ erschienenen – Schrift zum Ausbau des Archivs und der Bibliothek in den drei folgenden Jahrzehnten unter der Überschrift „Auf dem Weg zum digitalen Dienstleistungszentrum“ beschrieben, dass sich Archiv und Bibliothek inzwischen zu den größten sozialgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Sammlungsbeständen europaweit, ja vielleicht sogar weltweit, entwickelt haben.

Ein wichtiger Kernbestand des Archivs waren und sind natürlich die Bestände, die Willy Brandt selbst über diesen langen Zeitraum eingebracht hatte und die inzwischen einen erheblichen Umfang angenommen hatten.

Nach Willy Brandts Tod – am 8. Oktober vor 20 Jahren in Unkel – gab es Überlegungen im Vorstand der Stiftung und im Dialog mit Anderen: Wie am besten könnte man Willy Brandt gedenken, seine Grundüberzeugungen und sein politisches Wirken an nachfolgende Generationen weitergeben und für künftiges politisches Handeln und politische Bildung nutzbar machen?

Dies war ganz im Sinne Jean Jaurès, dem Namensgeber unserer französischen Schwesterstiftung: „Nicht Asche bewahren, sondern das Feuer entfachen und weitertragen.“

Dazu gab es viele – sich über einen längeren Zeitraum erstreckende – intensive und engagierte Gespräche, an denen Frau Professor Seebacher als Inhaberin von Urheberrechten und ich selbst als damaliger Geschäftsführender Vorstand der Stiftung übrigens nicht ganz unbeteiligt waren.

Als Ergebnis dieser Überlegungen beschloss der Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung, das „Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie“ einzurichten, dort alle Brandt bezogenen Archivmaterialien zusammenzuziehen, das Archiv auf Dauer hier am Bonner Sitz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu sichern und durch einen fünfköpfigen Beirat überwachen zu lassen. Dies wurde durch einen Archivvertrag mit allen Beteiligten festgelegt.

Auf Anregung des Vorstands – ich erinnere daran, dass einer der treuesten Wegbegleiter Willy Brandts der Vorsitzende Holger Börner war – beschloss der Deutsche Bundestag im Jahr 1994 unter Zustimmung aller Fraktionen das Gesetz über die Errichtung einer Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung als bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin. Sie hat den Auftrag, „das Andenken an Willy Brandt und seinen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes sowie die Versöhnung und Verständigung unter den Völkern zu wahren.“

Diese Aufgabe nimmt die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wahr durch historisch-politische Bildung, mit Veranstaltungen, Publikationen und einer Ausstellung zunächst im Schöneberger Rathaus, jetzt „Unter den Linden“ unweit des Brandenburger Tors und in einer weiteren Ausstellung im Willy-Brandt-Haus in Lübeck.

Da gemäß Archivvertrag und Stiftungsgesetz die fünf vom Bundespräsidenten berufenen Kuratoriumsmitglieder zugleich auch den Beirat des Willy-Brandt-Archivs bilden, waren und sind alle Voraussetzungen für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit jetzt – schon über einen Zeitraum von fast 20 Jahren – und in der Zukunft gegeben.

Beide Einrichtungen, sowohl die Friedrich-Ebert-Stiftung als ein privatrechtliches, gemeinnütziges Institut und die Bundesstiftung als öffentlich-rechtliche Stiftung, sind unabhängig und handeln eigenverantwortlich. Dennoch gilt natürlich wegen der Themen, mit denen sich beide Einrichtungen befassen, was Willy Brandt zum Archiv der sozialen Demokratie 1969 gesagt hat:

„mit falschem Neutralismus und missverstandenen Objektivismus hat das nichts zu tun. Jeder weiß, was ich damit sagen will. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist keine Parteieinrichtung. Ihrer Nähe zur Sozialdemokratie braucht sie sich jedoch nicht zu schämen. Jeder weiß, wo wir stehen und was wir unseres Volkes wegen vor uns haben.“

Ich denke, dass auch die Bundesstiftung dem so nicht widersprechen wird.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, das Jahr 2013 ist aus Sicht der Sozialdemokratie von drei historisch-politischen Terminen bestimmt:

- vom 100. Geburtstag Willy Brandts
- vom 100. Todestag August Bebels
- und vom 150-jährigen Gründungsjubiläum der Sozialdemokratischen Partei.

Zu Bebel und zur Geschichte und Tradition der Sozialdemokratie befinden sich in dem von Schönhoven vorgelegten Band Reden und Hinweise Willy Brandts. Die Redensammlung gibt für diese historischen Daten gleichsam einen reichen Bezugsrahmen, der 2013 auf die gegenwärtige politische Situation und heutige Handlungsnotwendigkeiten ausgerichtet werden muss.

Zum 100-jährigen Geburtstag Willy Brandts sind in diesem Jahr und werden auch im kommenden Jahr noch eine Reihe von Publikationen erscheinen. Mir scheint, dass zwei Werke davon besonders wichtig sind und herausragen:

- die Neuauflage des Buchs von Willy Brandt „Links und frei“ und
- dieser Redenband zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, den wir heute präsentieren.

Denn nichts besser als die eigenen Schriften Willy Brandts kann Auskunft geben über seine demokratischen Grundüberzeugungen und emanzipatorischen Zielvorstellungen. Gerade die Zusammenstellung der historisch-politischen Reden eröffnet als sehr persönliche Beiträge neue Einblicke in sein Denken.

Willy Brandt wollte in seinen historischen Rückblicken ja nicht als Historiker missverstanden werden. Es ging ihm also nicht um die Vergegenwärtigung der Geschichte um ihrer selbst willen, sondern er will aus ihr Lehren ziehen. Auch mit Blick auf seine eigene Biografie betonte er: „Man muss eine Vergangenheit haben, um aus dieser Vergangenheit für die Zukunft lernen zu können.“

Das gilt nicht nur für ihn als Person, sondern vor allem auch für die Sozialdemokratische Partei, und es schadet gewiss nicht, wenn die heutige politische Generation sich daran messen lässt.

Dr. Jürgen Burckhardt

Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung und Beiratsvorsitzender des Willy-Brandt-Archivs; stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

## Grußwort der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Sehr geehrte Frau Professor Seebacher und sehr geehrte Frau Dr. Wulf-Mathies, lieber Herr Dr. Burckhardt und lieber Herr Dr. Heidermann, lieber Klaus Schönhoven, liebe Anja Kruke, lieber Meik Woyke, liebe Hilde Holtkamp, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Karsten Brenner hat mich gebeten, an seiner Stelle hier ein kurzes Grußwort für den Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung abzustatten, da er leider verhindert ist. Diese Aufgabe habe ich umso bereitwilliger übernommen, als ich mit dem Kontext des heutigen Abends in mehrfacher Weise verbunden bin:

Einmal ist es eine jahre- oder besser jahrzehntelange Freundschaft mit dem Redner dieser Veranstaltung, dessen eindrucksvolle Edition der historisch-politischen Reden Willy Brandts mit dem Titel „Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte“ wir heute präsentieren.

Sodann handelt es sich bei diesem Buch um den wichtigsten Beitrag unserer Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung zum Doppel-Gedenkjahr an Willy Brandt, seinem 20. Todesjahr 2012 und seinem 100. Geburtsjahr 2013. Herr Brenner und ich sind unserem Vorstandskollegen Professor Klaus Schönhoven sehr dankbar, dass er sich der langen, mühevollen Arbeit an diesem Opus unterzogen hat – mit sorgfältigster Annotation und einer brillanten Einleitung. Das Buch wird seine Bedeutung behalten, wenn sich niemand mehr der zahlreichen ephemeren Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Festakte, die vor uns liegen, erinnern wird. Sobald Sie die Edition an irgendeiner Stelle aufschlagen, werden Sie sich kaum davon lösen können, so eindrucksvoll sind die Reden Willy Brandts, geprägt von historisch-politischer Tiefe und sprachlicher Eleganz.

Sie wissen ja alle, wie schwierig es gewesen ist, eine dauerhafte und gute Lösung für die Pflege des Andenkens an Willy Brandt und für seinen schrift-

lichen Nachlass zu finden – mit einer Doppelkonstruktion von Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung des Bundes einerseits und Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung andererseits. Nach fast 20 Jahren glaube ich feststellen zu können, dass diese Konstruktion sich bewährt hat.

Last but not least bin ich, sind wir dem Verlag J. H. W. Dietz Nachf., in dem die hier vorzustellende Edition erschienen ist, seit Jahrzehnten eng verbunden. Ich danke der Geschäftsführerin des Verlags, Frau Hilde Holtkamp, und dem Lektor, Herrn Dr. Heiner Lindner, für die umsichtige Betreuung dieses Buchprojekts. Der Dietz-Verlag, der sozialdemokratische Traditionsverlag, ist ja der Hausverlag der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit ihrem Bestehen aber auch der Hausverlag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Bei Dietz ist nicht nur diese Edition der historisch-politischen Reden als zweiter Band der Willy-Brandt-Dokumente publiziert worden, sondern ebenso die zehnbändige Buchreihe der „Berliner Ausgabe“ mit Werken und Briefen Willy Brandts, desgleichen die Reihe der Willy-Brandt-Studien.

Klaus Schönhoven hat seinen heutigen Vortrag unter das Thema gestellt „Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD“, und er hat damit zumindest bei den Älteren unter Ihnen die Erinnerung an die Propagandaschlachten gegen die SPD unter dem Schlagwort „Freiheit statt Sozialismus“ beziehungsweise „Freiheit oder Sozialismus“ wachgerufen.

Mit dem Tenor seiner Ausführungen will er aber ganz gewiss – da bin ich mir sicher – nicht historische Reminiszenzen um ihrer selbst willen präsentieren. Denn wie Willy Brandt ist er immer der festen Überzeugung gewesen: „Man muss eine Vergangenheit haben, um aus dieser Vergangenheit für die Zukunft lernen zu können.“ Wir können davon ausgehen, dass Klaus Schönhoven der heutigen SPD, seiner SPD, mit seinem Vortrag einen Spiegel vorhalten will, und darauf können wir gespannt sein.

Professor Dr. Dieter Dowe

Mitglied des Vorstands der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Klaus Schönhoven

## Freiheit durch Demokratischen Sozialismus

Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD

Im Oktober 2007 beschloss die SPD auf ihrem Parteitag in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm. Es war das dritte Programm, das die Partei seit der Gründung der Bundesrepublik verabschiedete. Und wie seine beiden Vorläufer, das Godesberger Programm von 1959 und das Berliner Programm von 1989, enthält auch das Hamburger Programm normative Formulierungen über die „Grundwerte und Grundüberzeugungen“ der Sozialdemokratie. Erneut wird hier auf die Leitidee des Demokratischen Sozialismus Bezug genommen, erneut wird die besondere programmatische Bedeutung dieses Begriffs hervorgehoben: „Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind.“ Weiter heißt es: „Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.“<sup>1</sup> Mit dieser Textpassage knüpfte das Hamburger Programm nicht nur an die beiden in Godesberg und Berlin verabschiedeten Parteiprogramme an. Es betonte zugleich mit Nachdruck den Fortbestand von Wertorientierungen, auf die die Sozialdemokraten sich bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts verständigt hatten und die den seitdem eingetretenen politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandel sowie die damit einher-

---

1 Zitiert nach: Hamburger Programm von 2007. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, S. 16f.; URL: <[http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger\\_programm.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf)> [20.11.2012].

gehenden dramatischen Umbrüche in der deutschen Geschichte überdauert hatten.

Die fortwirkende Sinnstiftung dieser Wertorientierungen hat Willy Brandt in vielen seiner Reden und Schriften immer wieder hervorgehoben. Für ihn war die feste Bindung der Sozialdemokratie an richtungweisende Grundwerte kein Lippenbekenntnis. Die Grundwerte waren für ihn die Koordinaten auf dem programmatischen Kompass der SPD, auf den die Partei nicht verzichten konnte. Bei seiner Vermessung der einzelnen Entwicklungsetappen und bei seiner Verortung von epochalen Wendepunkten in der Parteigeschichte setzte sich Brandt immer wieder mit der Frage auseinander, inwieweit die SPD in ihrer konkreten Politik ihren eigenen normativen Ansprüchen gerecht geworden war. Bei diesen abwägenden Betrachtungen und Bewertungen klammerte er weder die prognostischen Irrtümer von theoretischen Vordenkern der SPD aus, noch sparte er mit Kritik an Entscheidungen von Parteiführern oder an Versäumnissen der Parteiorganisation. Seine Überlegungen verstand Brandt als persönliche Beiträge zur Aufklärung der Vergangenheit, als eine subjektive Annäherung an die komplexe historische Identität der SPD, aber auch als eine bewusste und gezielte erinnerungspolitische Zeichensetzung für die Gegenwart und die Zukunft der Sozialdemokratie. Dass man aus der Geschichte lernen könne, auch aus persönlichen Fehlern, betonte Brandt mit Nachdruck.<sup>2</sup>

Deshalb ging er in seinen historischen Rückblicken und Reflexionen auch oft auf eigene Erlebnisse und im Laufe seines Lebens gewonnene Einsichten ein. Der Fundus seines biografischen Gedächtnisses, auf den sich der im Dezember 1913 im proletarischen Milieu Lübecks geborene Sozialdemokrat stützen konnte, reichte zurück bis zu seiner Kindheit und Jugendzeit, in der

---

2 In einer Rede zum 20-jährigen Jubiläum des Godesberger Programms, in der Brandt sich – einmal mehr – kritisch mit dem Verhalten der SPD in der Weimarer Republik auseinandersetzte, stellte er fest, er gehöre „zu jener Menschengattung“, die man „manchmal Illusionisten nennt, weil sie meinen, aus der Geschichte lernen zu können“. Diese Rede, die er unter dem Titel „Zwanzig Jahre Godesberger Programm“ am 14. November 1979 auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn hielt, ist abgedruckt in: *Willy Brandt, Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte*, hrsg. und eingel. von Klaus Schönhoven, Bonn 2012, S. 445–463, Zitat S. 452.

er als Heranwachsender in der von vielen ungeliebten Weimarer Republik politisch sozialisiert wurde; es folgten die zwölf Jahre des Exils in Skandinavien, die in Brandts intellektueller Biografie als eine dauerhaft nachwirkende Lernphase charakterisiert werden können<sup>3</sup>; daran schloss sich sein politisches Engagement in der zweiten deutschen Demokratie an, die Brandt mehr als 40 Jahre lang als Sozialdemokrat und Staatsmann mitprägte.

Am Ende seines Lebens war Brandt in die Rolle einer „sozialdemokratischen Jahrhundertgestalt“ hineingewachsen<sup>4</sup>, in der die Geschichte lebte und „unverhofft zur Gegenwart werden“ konnte.<sup>5</sup> Dass sein Diktum „Man muss eine Vergangenheit *haben*, um aus dieser Vergangenheit für die Zukunft *lernen* zu können“, zugleich selbstbewusst und selbstkritisch gemeint war, dokumentieren seine Reden und seine schriftlichen Rückblicke, in denen er die von ihm als Zeitzeuge erlebte Geschichte reflektierte. Dieses Diktum zielte aber auch auf die Sozialdemokratie, deren in mehr als einem Jahrhundert gewachsene historische Identität Brandt immer wieder zu rekonstruieren und zu definieren versuchte.<sup>6</sup>

Hierbei ging es ihm darum, die ideellen Wurzeln der Sozialdemokratie freizulegen und deren politische Überlebenskraft zu dokumentieren. Brandt wollte zeigen, dass die SPD trotz ihres Wandels von einer proletarischen Milieupartei zu einer schichtübergreifenden Volkspartei ihr programmatisches Profil als Partei der Freiheit und ihr Selbstverständnis als demokratische Emanzipationsbewegung bewahrt habe. Deshalb unterstrich Brandt in den fast zweieinhalb Jahrzehnten, in denen er als Parteivorsitzender der

---

3 Rückblickend auf diese Zeit betonte Brandt: „In Skandinavien habe ich einiges vom Sinn für die Realitäten, von den Werten einer freiheitlichen und sozialen Demokratie und von den Chancen der Weltoffenheit in mich aufgenommen. Dieses waren die Erfahrungen, auf die ich mich stützen konnte, als ich meine Aufgaben in Berlin und Bonn übernahm.“ So in: *Willy Brandt*, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 450.

4 Diese Charakterisierung stammt von *Hans-Peter Schwarz*: Die sozialdemokratische Jahrhundertgestalt. Willy Brandt, in: *ders.*, Das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 672–681.

5 So *Brigitte Seebacher*, Willy Brandt, München/Zürich 2006, S. 7.

6 Den zitierten Satz formulierte Brandt in seiner Rede „Auf dem Weg nach vorn“, die er am 31. Mai 1963 aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der SPD in Düsseldorf hielt, abgedruckt in: *Brandt*, Im Zweifel für die Freiheit, S. 470–479, Zitat S. 470.

SPD amtierte, in seinen Reden zur sozialdemokratischen Geschichte stets die zentrale Bedeutung der Leitwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als die wegweisenden normativen Richtmarken der Sozialdemokratie.

Zu dieser besonderen Betonung der für die Partei verbindlichen Maßstäbe sah sich Brandt geradezu gezwungen. Denn die Zeitspanne zwischen 1964 und 1987, in der er an der Spitze der Sozialdemokratie stand, war aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive eine Periode des Aufbruchs und des Umbruchs, der Verunsicherung und des Wertewandels. In diesen Jahren rückte zunächst die Forderung nach einer Liberalisierung und Modernisierung der Bundesrepublik in das Zentrum der öffentlichen Debatten, bevor es ab der Mitte der 1970er Jahre zu einem einschneidenden ökonomischen und politisch-kulturellen Klimawechsel kam, in dessen Verlauf sich eine wachsende Ratlosigkeit wie Nebelschwaden in Politik und Gesellschaft verbreitete und das Schlagwort von der „Neuen Unübersichtlichkeit“ die Runde machte.<sup>7</sup>

Wenn Brandt in diesen zunächst dynamischen, dann unübersichtlichen Zeiten bei vielen Gelegenheiten die ideelle Herkunftstreue der Sozialdemokratie beschwor, dann tat er dies mit Blick auf mehrere Herausforderungen. Zum einen war dies der politische Radikalismus, der am Ende der 1960er Jahre im antiautoritären Aufbegehren der Studentenbewegung seinen spektakulären Resonanzboden fand, bevor er im Terrorismus linksextremer Randgruppen blutig endete.<sup>8</sup> Eine zweite Herausforderung stellten für den SPD-Vorsitzenden die Masseneintritte von jungen Neumitgliedern in die altgewordene sozialdemokratische Solidargemeinschaft dar, deren Mitgliederzahl in den frühen 1970er Jahren sprunghaft auf über eine Million answoll. Die gleichzeitig vielerorts aufflammenden innerparteilichen Kontroversen erschütterten jedoch die Partei bis in ihre Fundamente. Und schließlich galt Brandts Augenmerk auch dem christlich-konservativen La-

---

7 Vgl. zu diesem Zeitraum aus parteihistorischer Perspektive: *Klaus Schönhoven*, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004; *Bernd Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011.

8 Vgl. die autobiografisch unterfütterte Studie von *Gerd Koenen*, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt am Main 2002.

ger, das nach dem Machtverlust von 1969 ab Anfang der 1970er Jahre einen prinzipiellen Oppositionskurs gegen die Politik der sozial-liberalen Koalition verfolgte und zugleich eine breit angelegte publizistische Offensive gegen Kernaussagen der sozialdemokratischen Programmatik eröffnete. Mit der plakativen Forderung nach einer „geistig-moralischen Wende“ wollten die Unionsparteien nämlich die Hegemonie in den Wertediskussionen zurückgewinnen, die sie zuvor verloren hatten. In ihren Kampagnen gegen die Programmatik und Politik der SPD, die sie wie einen ideologischen Kreuzzug anlegten, bot das Reizwort „Sozialismus“ den beiden christlichen Parteien eine geradezu ideale propagandistische Projektionsfläche für die Mobilisierung von überkommenen Vorurteilen und Ängsten.

Konfrontiert mit diesen unterschiedlichen Herausforderungen war Brandt in den frühen 1970er Jahren zunächst vor allem entschlossen, den innerparteilichen Zusammenhalt in der SPD nicht durch ideologische Zerreißproben gefährden zu lassen. Er wollte in der Partei weder die Schleusen für programmatische Kurskorrekturen öffnen, die auf eine Wiederbelebung des marxistischen Dogmatismus abzielten; noch war er dazu bereit, den politischen Religionen der Außerparlamentarischen Opposition, deren Spektrum vom Stalinismus bis zum Maoismus reichte, irgendwelche Konzessionen zu machen. Für diesseitsbezogene Heilslehren welcher Couleur auch immer, die mit religiöser Selbstgewissheit auftraten, hatte Brandt kein Verständnis. Und auch die von sozialdemokratischen Altlinken wie Jochen Steffen oder Peter von Oertzen und von den Führungsgruppen der Jungsozialisten in der Partei angeheizten Diskussionen über systemüberwindende Reformen und antikapitalistische Strategien bewertete er – wie sein Freund Richard Löwenthal – als einen „romantischen Rückfall“<sup>9</sup>, dem er nichts abgewinnen konnte und dem er sich deshalb entgegenstellte. Die Denkmuster der Parteilinken, die mit radikalsozialistischen, neomarxistischen und rätedemokratischen Vorstellungen operierte, erinnerten ihn zweifellos auch an

---

9 So der Titel der 1970 von *Richard Löwenthal* publizierten Streitschrift gegen die Studentenbewegung: *Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärtsgewandten Revolution*, Stuttgart 1970. Vgl. dazu auch *Mike Schmeitzner*, *Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert*, Bonn 2012. Zur ideologischen Vielfalt der Studentenbewegung vgl. *Koenen*, *Das rote Jahrzehnt*.

seine eigene Jugendzeit, als er in der Auflösungsphase der Weimarer Republik die SPD verlassen und selbst den „Umweg über den Linkssozialismus“ eingeschlagen hatte. Rückblickend hat Brandt diesen Weg als den Weg in eine „Sackgasse und die Sektiererei“ bezeichnet.<sup>10</sup>

Die vor allem in den frühen 1970er Jahren auf Parteitag und in der Parteipublizistik sowie in den regionalen und lokalen Gliederungen der SPD ausgetragenen Meinungs- und Machtkämpfe hat man als eine „nachgeholte Debatte über Godesberg“<sup>11</sup> charakterisiert. Denn nun habe die seitdem noch nirgendwo in der Bundesrepublik erprobte Praxistauglichkeit des Demokratischen Sozialismus auf dem Prüfstand gestanden. In der Tat fokussierten sich die Auseinandersetzungen auf drei zentrale Schlüsselfragen: Auf welche Weise wollte die nun als Regierungspartei agierende Sozialdemokratie ihre programmatischen Grundwerte verwirklichen? Wie konnte sie bestehende parlamentarische, institutionelle oder verfassungsrechtliche Hindernisse überwinden? Wo fand sie für ihre Politik den erforderlichen gesellschaftlichen Rückhalt?

Brandt bezog in diesem Schlagabtausch zwischen den Parteiflügeln eindeutig Position und dokumentierte damit übrigens, dass er seine Führungsverantwortung als Parteivorsitzender – wenn es denn sein musste – durchaus entschlossen wahrnahm und innerparteilichen Kontroversen nicht aus dem Weg ging. Der unter dem Begriff „Doppelstrategie“ von der Parteilinken favorisierten Massenmobilisierung, die als außerparlamentarischer Hebel eingesetzt werden sollte, um systemüberwindende Ziele anzupeilen, erteilte Brandt eine ebenso klare Absage wie allen Überlegungen, die mit dem marxistisch-leninistischen Konstrukt des staatsmonopolistischen Kapitalismus operierten und die Durchsetzungskraft von parlamentarischen oder gewerkschaftlichen Bewegungen gegen dieses etatistisch-ökonomische Machtkartell als zu gering oder als völlig wirkungslos einschätzten.

---

10 Vgl. *Willy Brandt, Erinnerungen*. Mit einem aktuellen Vorwort, 5. Aufl., Frankfurt am Main/Berlin 1993 (zuerst 1989), S. 90. Brandt betonte an dieser Stelle aber auch: „Ohne den Umweg über den Linkssozialismus wäre ich kaum der geworden, der ich bin“.

11 So *Faulenbach, Das Sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 329. Vgl. zum Verlauf des Parteitags in Hannover auch die breit angelegte Analyse von *Peter Glotz, Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus*, Wien/München etc. 1975, S. 208ff.

In den innerparteilichen Theoriekontroversen, die 1973 auf dem SPD-Parteitag in Hannover ihren Höhepunkt erreichten, identifizierte sich Brandt mit großer Leidenschaft und Überzeugungskraft mit der Strategie des reformerischen Realismus, der auf demokratischen Wertorientierungen gründe, auf die politische Mündigkeit der Bürger vertraue und auf parlamentarische Mehrheiten hoffe. Brandt verwahrte sich gegen Bestrebungen, die geistige Pluralität der SPD einzuengen, und er distanzierte sich von ideologischen „Eiferern“, die meinten, der Demokratische Sozialismus ließe sich „in Patentrezepten einfangen“. Einmal mehr betonte er, dieser sei „kein dogmatisch festgelegter Katalog von Maßnahmen“, um ein vorherbestimmtes „Endziel“ zu erreichen. Vielmehr definiere der Demokratische Sozialismus die prinzipielle „Bewegungsrichtung“ der sozialdemokratischen Politik, die darauf ausgerichtet sei, die „persönliche[n] und politische[n] Freiheitsrechte des einzelnen soziale Wirklichkeit werden zu lassen.“<sup>12</sup>

Brandt plädierte zugleich mit Nachdruck für eine inhaltliche Konkretisierung der sozialdemokratischen Grundwerte. Ihm war bewusst, dass der Leitbegriff „Demokratischer Sozialismus“ seit der Verabschiedung des Godesberger Programms im November 1959 eine leere Worthülse geblieben und politisch kaum mit Leben gefüllt worden war. Die Defizite lagen auf der Hand: Von diesem Godesberger Signalwort ging während der 1960er Jahre innerhalb der SPD keinerlei die Partei mobilisierende Ausstrahlung aus; sein Ideengehalt spielte in den internen Debatten über die Reform von Staat, Gesellschaft und Demokratie in diesem Jahrzehnt nur in kleinen akademischen Zirkeln eine Rolle; und in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung sprach die SPD – wenn überhaupt – allenfalls hinter vorgehaltener Hand vom Demokratischen Sozialismus.<sup>13</sup>

---

12 Zitiert nach: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 in Hannover, Bd. I: Protokoll der Verhandlungen, Bonn [1974], S. 69–112, Zitate S. 89f.

13 Vgl. dazu die Befunde von *Susanne Miller*, die als Sekretärin der Programmkommission die Entstehung des Godesberger Programms aus nächster Nähe erlebt hatte: Zur Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms, in: *dies.*, Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD. Zum 80. Geburtstag, hrsg. von *Bernd Faulenbach*, Bonn 1995, S. 306–319.

Die argumentativen Defizite seiner Partei bei ihrer Selbstdarstellung als wertorientierte Partei hatte Brandt schon vor dem Regierungswechsel von 1969 erkannt. Deshalb zeigte er sich nach seiner Wahl zum Bundeskanzler entschlossen, das im Parteialltag der SPD bereits weitgehend vergessene oder verdrängte Konzept des Demokratischen Sozialismus als programmatisches Wertefundament der Sozialdemokratie wieder sichtbar zu machen. Sein Ziel war es, dessen Tragfähigkeit für das ideelle Selbstverständnis der SPD zu untermauern und dessen richtungweisende Bedeutung als Orientierungsrahmen für ihre konkreten Reformvorhaben in der sozial-liberalen Koalition herauszustellen. Er wollte verdeutlichen, dass zwischen den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein enger innerer Zusammenhang bestand und dass seine Regierungspolitik als Bundeskanzler prinzipiell auf die Verwirklichung dieser Wertvorstellungen ausgerichtet war.

Brandt war dabei durchaus bewusst, dass es bei diesem Unternehmen um die Aufarbeitung einer komplizierten und vielschichtigen Vorgeschichte ging. Hierzu gehörte nämlich einerseits die ideengeschichtliche Rückbesinnung, also die Nachzeichnung der ebenso variantenreichen wie widersprüchlichen Aussagen über das, was man unter dem Wort „Sozialismus“ ursprünglich eigentlich verstanden hatte; hierzu gehörte ferner, wie dieser Begriff seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im breiten Ideenspektrum zwischen Konservativismus und Kommunismus politisch instrumentalisiert und ideologisch verformt worden war; und schließlich gehörte hierzu auch die Analyse der Bedeutung, die diese Kernaussage in der sozialdemokratischen Programmatik ursprünglich einmal besessen hatte, welche Wirkung sie seitdem entfaltet und welche Wandlungen sie erfahren hatte.<sup>14</sup>

Mit dieser Problematik beschäftigte sich Brandt in den 1970er und 1980er Jahren immer wieder, als er sich in einer Reihe von grundsätzlichen Reden

---

14 Zur begriffsgeschichtlichen Analyse des Terminus „Sozialismus“ vgl. die Abhandlung von *Wolfgang Schieder*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 923–996. Zur Programmgeschichte der SPD liegt mittlerweile eine Fülle von Detailstudien vor, auf die hier nur pauschal verwiesen werden kann.

intensiv mit dem Denken und Handeln der Vordenker und Vorkämpfer des Demokratischen Sozialismus auseinandersetzte.<sup>15</sup> Gleichzeitig sprach er bei vielen Anlässen über das Programm und die Perspektiven der Sozialdemokratie nach 1945.<sup>16</sup> Bei allen diesen öffentlichen Auftritten warb er für einen selbstbewussteren Umgang der bundesrepublikanischen SPD mit ihrem demokratischen Erbe. Denn aus seiner Sicht identifizierten sich die Parteimitglieder und die Funktionäre der Partei zu wenig mit diesem historischen Kapital, obwohl in ihm seit den Anfängen der Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848/49 der untrennbare Zusammenhang von Sozialismus, Demokratie und Freiheit fest verankert war.<sup>17</sup> Für Brandts erinnerungspolitisches Engagement galt stets folgende Feststellung: „Wir können uns Teile unserer Geschichte nicht nehmen lassen, ohne zu verarmen. Wir stehen zu unserer Geschichte, selbstkritisch, aber auch selbstbewusst.“<sup>18</sup>

Deshalb klammerte er in seinen historischen Rückblicken auch keinen Abschnitt der Parteigeschichte aus, deren Anfänge er bis in den Vormärz zurückverfolgte. Und Brandt hatte keine Berührungsängste, wenn es darum ging, das Lehrgebäude von Karl Marx und Friedrich Engels oder die radikal-demokratischen Positionen von Rosa Luxemburg kritisch zu bewerten. Er distanzierte sich vom Wissenschaftsanspruch und der Zukunftsgewissheit dieser politischen Theoretiker, setzte sich mit ihren prognostischen Fehlwahrnehmungen auseinander und verdeutlichte, dass er auch mit den

---

15 Vgl. dazu *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 75–167.

16 Vgl. ebd., S. 388–585.

17 Vgl. dazu die Hinweise von *Helga Grebing*, Die Traditionen des „demokratischen Sozialismus“ als Anti-These zum Marxismus-Leninismus. Der Weg zum Godesberger Programm, in: *Horst Heimann* (Hrsg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000, Köln 1993, S. 26–43. Zur Frühgeschichte der sozialdemokratischen Bewegung vgl. die exemplarische Darstellung von *Thomas Welskopp*, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000; vgl. auch die jüngsten Gesamtdarstellungen: *Bernd Faulenbach*, Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012; *Peter Brandt/Detlef Lehnert*, „Mehr Demokratie wagen“. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, Berlin 2012, sowie den opulent gestalteten Text-Bild-Band zum Parteijubiläum der SPD: *Anja Kruke/Meik Woyke* (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung 1848 – 1863 – 2013, Bonn 2012.

18 So in seiner Rede „Friedrich Engels und die soziale Demokratie“, die er aus Anlass von dessen 150. Geburtstag am 27. November 1970 in Wuppertal hielt, abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 114–139, Zitat S. 115.

staatssozialistischen Konzepten, wie sie beispielsweise Ferdinand Lassalle formuliert hatte, nur wenig anfangen konnte. Selbst August Bebel, der die ideelle und organisatorische Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung von ihrer Gründerzeit bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs wie kein anderer Sozialdemokrat geradezu idealtypisch verkörpert hatte, wurde von Brandt nicht hagiografisch überhöht, auch wenn er dessen Anteil auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit immer wieder besonders hervorhob.<sup>19</sup>

Den engen Zusammenhang zwischen der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Entfaltung der Demokratie in Deutschland betonte Brandt ebenso mit Blick auf die Sozialdemokratie der Weimarer Republik. Sie hatte sich bei der Ausformulierung ihres demokratischen Staatsverständnisses, das auf die Sicherung der individuellen Freiheitsrechte und die Verwirklichung der sozialen Demokratie abzielte, in der revolutionären Übergangszeit zwischen Kaiserreich und Republik stets klar von den sowjetmarxistischen Umformungen des Sozialismusbegriffs distanziert. Gegen dessen diktatorische Knebelung und totalitäre Verzerrung durch den Leninismus und Stalinismus setzte sie sich dann bis 1933 in ihren zahlreichen politischen und programmatischen Auseinandersetzungen mit der moskauhörigen KPD kämpferisch zur Wehr.<sup>20</sup> Und sie verteidigte, wie Brandt in einer Gedenkrede für Otto Wels besonders hervorhob, als „Partei der Freiheit und der

---

19 Vgl. dazu seine Grundsatzrede „August Bebel. Über Bündnisfähigkeit der sozialen Demokratie“, die er am 28. Januar 1988 in Berlin hielt, abgedruckt in: ebd., S. 147-167.

20 Beispielsweise betonte Philipp Scheidemann in seiner programmatischen Rede über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Deutschen Republik“ im Juni 1919, die SPD habe im Herbst 1918 die Macht sich nur genommen, „um sie der Demokratie zu geben“. Sie könne sich „niemals die Verwirklichung des Sozialismus anders vorstellen als auf dem Wege der Demokratie“. Die „volle Gleichberechtigung aller“ sei ihre programmatische Leitlinie gewesen. Wer an diesem Grundsatz rüttelte, könne sich nicht Sozialdemokrat nennen. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 234. Vgl. zu den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD nach 1918 *Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989.

parlamentarischen, repräsentativen Demokratie“ die Weimarer Republik „mit Hingabe und Unbeugsamkeit“ bis zu ihrem Untergang.<sup>21</sup>

Für die beiden ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg kann man allerdings die These formulieren, dass die sozialdemokratische Partei in dieser Zeitphase dem kommunistischen Begriffsraub nicht mehr entschlossen genug entgegengetreten ist.<sup>22</sup> Im politischen Reizklima des Kalten Kriegs grenzte sich die SPD zwar programmatisch vom pseudorealen Sozialismus der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten klar ab. Doch zugleich übte sie eine bemerkenswerte Enthaltksamkeit, wenn es darum ging, ihr eigenes Konzept des Demokratischen Sozialismus und dessen Ideengehalt selbstbewusst und offensiv zu vertreten. Der plakativen Umwertung des Begriffs „Sozialismus“ von einem emanzipatorischen Hoffnungswort zu einer diktatorischen Propagandaformel stellte man seitens der SPD viel zu wenig entgegen. Dass programmatische Leitbegriffe auch ihre Geschichte haben und bis zur Unkenntlichkeit verformt werden können, hat der tschechische Dissident Václav Havel im Herbst 1989 betont, als er in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an ihn darauf hinwies, aus dem Wort „Sozialismus“, das für „Generationen Erniedrigter und Unterdrückter ein magnetisches Synonym für eine gerechtere Welt war“, sei in seinem Land „ein ganz gewöhnlicher Gummiknüppel“ gemacht worden, „eine gottlose Beschwörung, der man am besten ausweicht“.<sup>23</sup>

Fragt man in diesem Zusammenhang, wie Brandt selbst mit dem Konzept „Demokratischer Sozialismus“ in der frühen Bundesrepublik umging, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass auch er in den 1950er und 1960er Jahren

---

21 Diese Rede mit dem programmatischen Titel „Die Partei der Freiheit“ ist abgedruckt in: *Iring Fetscher*, Geschichte als Auftrag. Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bonn 1981, S. 150–164, Zitate S. 155f.

22 Vgl. dazu die breit angelegte Analyse von *Helga Grebing*, Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: *Walter Euchner/Helga Grebing/Franz Josef Stegmann* u. a., Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hrsg. von *Helga Grebing*, Essen 2000, S. 355–595.

23 So in seiner Rede am 15. Oktober 1989 anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels; URL: <[http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/806/1989\\_havel.pdf](http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/806/1989_havel.pdf)> [21.11.2012].

die „Grundmelodie“ des Demokratischen Sozialismus, die „ihn sein Leben lang“ eigentlich leitete<sup>24</sup>, nur selten und wenn überhaupt, dann nur sehr leise angestimmt hat. Aus dem skandinavischen Exil war Brandt mit einem freiheitlichen Sozialismusverständnis nach Deutschland zurückgekehrt, weil – wie er mit Blick auf seine intellektuelle Entwicklung im Exil in seinen Memoiren schrieb – in Norwegen und Schweden „aus dem norddeutschen Linkssozialisten ein nordischer Sozialdemokrat“ geworden war.<sup>25</sup>

Wie tief ihn diese skandinavischen Lehrjahre geprägt hatten, verdeutlichte Brandt in einem historisch breit angelegten und bis ins 19. Jahrhundert zurückführenden Grundsatzreferat zum Thema „Programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus“, das er am 8. Mai 1949, also auf den Tag genau vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des ‚Dritten Reichs‘ und noch während der sowjetischen Berlin-Blockade auf dem Landesparteitag der Berliner SPD hielt.<sup>26</sup>

Diese Rede kann man als eine in vielerlei Hinsicht prinzipielle Selbstverurteilung des 35-jährigen Rückkehrers aus dem Exil charakterisieren.<sup>27</sup> Er grenzte sich nicht nur scharf vom „sozialistisch drapierten Totalitarismus“ des Kommunismus ab, sondern ebenso vom historisch überholten programmatischen Dogmatismus seiner eigenen Partei. Brandt betonte, der Demokratische Sozialismus sei kein in sich geschlossenes System von Neuordnungsvorstellungen, „kein Kirchenersatz und keine Weltanschauung“. Er ver-

---

24 So *Helga Grebing*, Willy Brandt. Der andere Deutsche, München 2008, S. 123. Vgl. dazu auch *dies.*, Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus, Berlin 1999.

25 So im Ende 1983 von ihm verfassten „aktuellen Vorwort“ für die Taschenbuchausgabe seiner Memoiren: Links und frei. Mein Weg 1930–1950, München 1984, S. 7. Vgl. zur formativen Bedeutung der Exiljahre für Brandt die zusammenfassende Darstellung von *Einhard Lorenz*, Willy Brandt. Deutscher – Europäer – Weltbürger, Stuttgart 2012, S. 18–90, ferner die von *Einhard Lorenz* bearbeiteten Bände 1 und 2 von *Willy Brandt*, Berliner Ausgabe, Bonn 2000 und 2002.

26 Abgedruckt in: *Willy Brandt*, Berliner Ausgabe, Bd. 4: Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearb. von *Daniela Münkel*, Bonn 2000, S. 99–130, dort die folgenden Zitate.

27 In einem Interview mit Günter Gaus stellte Brandt im März 1964 rückblickend fest, in dieser Rede sei noch „manches drin“ gewesen, „was ich heute für überholt und für dogmatische Befangenheit halte, aber doch schon das Entscheidende, was meine Plattform war und geblieben ist.“ Zitiert nach: *Brandt*, Berliner Ausgabe, Bd. 4, S. 326.

pflichtete seine Anhänger nicht zu einem „bestimmten religiösen oder philosophischen Bekenntnis“. Ihm liege allerdings eine „gemeinsame Lebensanschauung“ zugrunde, die „auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit“ fuße. Die Freiheit der Persönlichkeit gehöre „sozusagen zur sozialistischen Erbmasse“. Mit dem emphatischen Satz „Nichts steht uns höher als die Freiheit“ und mit der Formulierung „Freiheit und Leben sind eins“ hob Brandt die aus seiner Sicht umfassende und grundlegende Bedeutung dieser regulativen programmatischen Norm hervor. Ihr wies er theoretisch wie praktisch eindeutig den ersten Platz im Wertekanon der Sozialdemokratie zu. Das Primat der Freiheit war für ihn der identitätsstiftende Kern des Demokratischen Sozialismus.

Eine ähnlich grundsätzliche Positionsbestimmung nahm Brandt in den folgenden Jahren nicht mehr vor, in denen er in Westberlin nach zermürbenden innerparteilichen Flügelkämpfen 1957 zum Regierenden Bürgermeister aufstieg.<sup>28</sup> In der SPD gehörte er zwar zur Gruppe der Reformer, die für ein undogmatisches und emanzipatorisches Selbstverständnis eintraten und die gegenkulturelle Abschottung der Partei im überkommenen Arbeitermilieu aufbrechen wollten. Doch bis zu seiner Wahl in den Vorstand der Partei, die ihm 1958 nach zwei gescheiterten Anläufen schließlich gelang, spielte Brandt auf der Bundesebene keine herausgehobene Rolle. Und er zählte auch nicht zu den Vätern des Godesberger Programms. Vielmehr gehörte er zur Gruppe der Skeptiker, die sich im Vorfeld des Godesberger Parteitags fragten, ob es überhaupt an der Zeit sei, „haltbare Grundsätze für eine politische Partei in dieser sich wandelnden Welt formulieren zu wollen“.<sup>29</sup> Diese Bedenken stellte er dann auf dem Parteitag im November 1959 zurück, ohne jedoch in seinem Redebeitrag besonders große Begeisterung für das neue Programm erkennen zu lassen. Sein Urteil fiel recht wortkarg und

---

28 Vgl. dazu *Willy Brandt*, Berliner Ausgabe, Bd. 3: Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearb. von *Siegfried Heimann*, Bonn 2004.

29 So in einem Artikel mit der Überschrift „Gedanken zum Grundgesetz“ im September 1959, abgedruckt in: *Brandt*, Berliner Ausgabe, Bd. 4, S. 203–205.

nüchtern aus: Es sei „eine im ganzen und im wesentlichen zeitgemäße Aussage, die uns in unserer Arbeit helfen wird“.<sup>30</sup>

Auch in den 1960er Jahren, in denen Brandt zunächst zweimal als Kanzlerkandidat der SPD scheiterte, bevor er als Außenminister der Großen Koalition im Dezember 1966 die Bonner Bühne endgültig betrat und schließlich drei Jahre später zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt wurde, profilierte er sich nicht durch programmatische Bekenntnisse zum Demokratischen Sozialismus. Brandt passte sich öffentlich zumeist dem vor allem von Herbert Wehner gesteuerten pragmatischen Gemeinsamkeitskurs mit den Unionsparteien weitgehend an, der eine Große Koalition als Zwischenetappe zum Machtwechsel anpeilte.<sup>31</sup> Ab und an ließ er jedoch deutlich aufblitzen, dass diese strategische Generallinie seinen Vorstellungen nicht entsprach, dass er ein wachsendes Unbehagen an der konzeptionellen Sprachlosigkeit der SPD und ihrer programmatischen Selbstkasteiung empfand.

Bereits in einer Rede aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der SPD betonte Brandt 1963, das politische Ziel der Partei müsse auf „ein Höchstmaß an Gerechtigkeit und Entfaltungsmöglichkeit“ ausgerichtet sein. Um dieses Ziel zu erreichen, brauche man aber „nicht nur die Freiheit in den staatsbürgerlichen Dingen, sondern auch die Freiheit zur Umgestaltung und Neugestaltung“ des Bestehenden.<sup>32</sup> Was genau er darunter verstand, verdeutlichte Brandt dann im November 1964 auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe, als er in einer Grundsatzrede den Demokratiebegriff seiner Partei neu definierte. Er hob hervor, die sozialdemokratische Auffassung von Demokratie sei „nicht eng und statisch“, sondern „expansiv und dynamisch“. Deshalb unterscheide sie sich deutlich vom konservativen Staatsverständnis der CDU/CSU, das er als eine „museale Position“ charakterisierte. Nach der Auffassung der SPD habe man den Gedanken der Volksherrschaft als Verfassungsgebot nun endlich ernst zu nehmen. Er müsse, wie Brandt be-

---

30 Brandts Parteitagrede in Godesberg ist abgedruckt in: Berliner Ausgabe, Bd. 4, S. 206–210, Zitat S. 206.

31 Vgl. dazu *Klaus Schönhoven*, Herbert Wehner und die Große Koalition, Bonn 2006.

32 Die Rede ist abgedruckt in: *Brandt*, Im Zweifel für die Freiheit, S. 470–479, Zitat S. 476.

tonte, „unser ganzes soziales, kulturelles und wirtschaftliches Leben durchströmen und immer stärker prägen“. Dieses aus seiner Sicht „unlösliche Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft“ verdichtete Brandt in der knappen Sentenz: „Wir alle sind der Staat“.<sup>33</sup>

Die politisch-programmatische Anpassung der SPD an die Unionsparteien während der 1960er Jahre hatte also im Falle von Brandt klare Grenzen, wenn man genauer hinsieht und auf Zwischentöne achtet. Seine Karlsruher Überlegungen zur partizipatorischen und dynamischen Demokratie kann man als einen Vorgriff auf seine Regierungserklärung von 1969 charakterisieren, in deren Zentrum er das anschließend viel zitierte Motto „Mehr Demokratie wagen“ stellte. Damit war ein Demokratisierungsanspruch formuliert, der über den Rahmen des parlamentarischen Repräsentativsystems hinausreichte und die breitere Legitimation des demokratischen und sozialen Rechtsstaats jenseits des bestehenden Institutionengefüges in das Blickfeld rückte. Brandt ging es um eine grundlegende Erweiterung der gewerkschaftlichen Mitspracherechte im Wirtschaftsleben, um eine Stärkung der individuellen Selbstbestimmungsrechte in einer pluralistisch organisierten Gesellschaft sowie um die Überwindung von bürokratischen Barrieren zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft, also um die Infragestellung von Denktraditionen, die in der deutschen Verfassungstradition immer noch fest verankert waren. „Demokratie“ war in Brandts Konzeption nicht nur ein juristisch eingehegtes Ensemble von Parlament, Parteien und staatlicher Exekutive, sondern ein fundamentales Prinzip, das allen Bürgern überall im öffentlichen Zusammenleben Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten erschließen sollte. In dieser Ausweitung des Demokratiebegriffs, den man als eine „Demokratisierung der Demokratie“ bezeichnet hat<sup>34</sup>, verdichtete Brandt im Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung die euphorische Aufbruchsstimmung, die dann die Anfangsjahre der sozial-liberalen Ära prägen sollte.

---

33 Vgl. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Protokoll der Verhandlungen, Hannover/Bonn 1965, Zitate, S. 137 und 144.

34 So der Titel eines von *Claus Offe* hrsg. Buchs (Frankfurt am Main 2003). Vgl. auch *Paul Nolte*, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, S. 348ff.

Brandts Plädoyer für eine partizipatorische, pluralistische, dynamische und innovative Demokratie, das er anschließend in Interviews und Zeitschriftenbeiträgen mehrfach präziserte, stieß in den Unionsparteien sofort auf breite Ablehnung.<sup>35</sup> Führende Politiker von CDU und CSU stellten sich an die Spitze einer heterogen zusammengesetzten Fundamentalopposition und suchten den engen Schulterschluss mit konservativen Publizisten und ihren akademischen Wegbegleitern, die vom Durchbruch des sozialliberalen Zeitgeists in der Bundesrepublik und dem sich abzeichnenden Wertewandel genauso stark irritiert waren wie auch prominente Repräsentanten der beiden christlichen Kirchen und sie selbst. Prinzipielle Auseinandersetzungen über die Legitimationsgrundlagen der bundesrepublikanischen Demokratie, über die Grenzen des politischen Reformenthusiasmus und über die Folgen der sozialkulturellen Liberalisierung wurden deshalb zu einem Charakteristikum der 1970er Jahre. Politiker aus allen Parteilagern, Professoren, deren Positionen die gesamte Bandbreite zwischen Konservativismus und Marxismus abdeckten, Publizisten jeder Couleur, freischwebende Intellektuelle sowie Theologen aus beiden christlichen Kirchen ergriffen das Wort. Die Folge war eine von den Medien unentwegt thematisierte und permanent verstärkte Polarisierung der öffentlichen Meinung, deren Pendelausschläge vom grenzenlosen Fortschrittsoptimismus bis zum düsteren Zukunftspessimismus reichten.<sup>36</sup>

Brandt hat sich von Anfang an intensiv und leidenschaftlich an diesen Debatten beteiligt. Ihm ging es darum, die grundsätzlichen Positionen, zu denen sich die Sozialdemokratie bekannte, der Bevölkerung plausibel zu vermitteln, auch um die Wahlchancen seiner Partei zu verbessern. Und er war entschlossen, sich gegen die Attacken der Unionsparteien auf das Werte-

---

35 Der Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, sah in der Demokratisierung „eine spezielle Form der Politisierung“, um Staat und Gesellschaft „gleichförmig zu machen“. Dies führe zu einem „totalitären Staat“ und zum „Verlust der Freiheit“. So in einem Artikel unter dem Titel „Demokraten oder Demokratisierte?“, in: Die politische Meinung 14, 1969, H. 3, S. 11–18, Zitat S. 18. Vgl. dazu auch *Grebing*, Willy Brandt. Der andere Deutsche, S. 64ff.

36 Vgl. dazu die Hinweise bei *Faulenbach*, Das Sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 232ff. Ferner die Beiträge in dem von *Thomas Raithel/Andreas Rödler/Andreas Wirsching* hrsg. Sammelband: Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009.

fundament der SPD zu wehren. Denn deren publizistischen Kampagnen waren als bewusste Provokationen angelegt und zielten oft auch auf ihn persönlich, wobei die Grenze zur Diffamierung immer wieder überschritten wurde.<sup>37</sup> Auch deshalb engagierte sich Brandt „wie kein anderer aus der SPD-Führungsspitze“<sup>38</sup> in diesen, in einem aufgeheizten öffentlichen Klima stattfindenden Kontroversen, obwohl er sich als Bundeskanzler und Parteivorsitzender eigentlich nicht über Arbeitsmangel beklagen konnte.

Exemplarisch für Brandts Entschlossenheit, der „Angstpropaganda“ des christlich-konservativen Lagers offensiv entgegenzutreten und die Akzente der Auseinandersetzung selbst zu bestimmen, war seine Rede unter dem Titel „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“, mit der er am 20. August 1972, dem 20. Todestag von Kurt Schumacher, den Bundestagswahlkampf eröffnete.<sup>39</sup> Da der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD als KZ-Häftling und unbeugsamer Freiheitskämpfer, als Antikommunist und kämpferischer Republikaner im kollektiven Gedächtnis der Sozialdemokratie fest verankert war, benannte Brandt ihn als seinen Kronzeugen. Eine „bis zur Verlogenheit reichende Verzerrung“ des Demokratischen Sozialismus verbat Brandt sich ebenso wie „dümmlische oder anmaßende Belehrungen“ von Leuten, „die nichts gegen das Wort Sozialismus einzuwenden hatten, als es noch national maskiert“ gewesen sei. Er geißelte die „stirnackige und grobschlächtige Polemik“ der Unionsparteien und charakterisierte ihr Verhalten als rechtskonservativ und rückwärtsgewandt.

---

37 Vgl. dazu die Fallstudie von *Daniela Münkel*, „Alias Frahm“ – Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse, in: *dies.*, Bemerkungen zu Willy Brandt, Berlin 2005, S. 211–236.

38 So die Feststellung von *Ulrich Sarcinelli*, der für seine 1979 erschienene Dissertation „nahezu 50 Reden, Aufsätze oder Bücher Brandts“ ausgewertet hat: Das Staatsverständnis der SPD. Ein Beitrag zur Analyse des sozialdemokratischen Staatsverständnisses auf der Grundlage der SPD-Programm- und Grundsatzdiskussion in den Jahren 1969 bis 1975, Meisenheim am Glan 1979, S. 22.

39 Die Rede ist abgedruckt in: *Brandt*, Im Zweifel für die Freiheit, S. 410–444, dort die folgenden Zitate S. 411 und 413. In einer handschriftlichen Tagebuchaufzeichnung, die Brandt einen Tag vor dieser Rede verfasste, notierte er: „Man sollte es dem Gegner nach Möglichkeit nie erlauben, die Themen der Auseinandersetzung zu bestimmen. Man sollte nicht zulassen, dass er Pappkameraden aufbaut und in Angstpropaganda macht. Gerade wenn ein Terrain besonders schwierig ist oder schwierig erscheint, darf man es nicht dem Gegner überlassen; man muss es selbst besetzen.“, abgedruckt in: *Willy Brandt*, Berliner Ausgabe, Bd. 4, S. 478f.

Mit dieser für ihn ungewöhnlich drastischen Ausdrucksweise wollte Brandt seine Partei emotional auf den Bundestagswahlkampf von 1972 einstimmen und zugleich verdeutlichen, dass der „Dogmatismus der Rechten“ das Haupthindernis für die notwendige Erneuerung von Staat und Gesellschaft sei. Mit Blick auf die strategischen Debatten in den eigenen Reihen variierte er in dieser Rede auch die Parole der Außerparlamentarischen Opposition, die in den späten 1960er Jahren den „Marsch durch die Institutionen“ propagiert hatte und dabei durchaus Sympathien für die revolutionären Strategien des Maoismus hatte erkennen lassen. Brandt setzte die Formulierung dagegen, seine Strategie vertraue auf die „Ergebnisse des langen Marsches der Reformen“, dessen Ziele nur durch eine „behutsame und kontinuierliche“ Politik erreicht werden könnten.<sup>40</sup>

Da Brandt in seinen Reden immer wieder die Freiheit als das normative Leitprinzip seines Denkens und seines politischen Handelns hervorgehoben hatte, traf ihn die von den Unionsparteien mit den Parolen „Freiheit oder Sozialismus“ beziehungsweise „Freiheit statt Sozialismus“ 1976 in Wahlkämpfen gezielt gesuchte politische Konfrontation persönlich bis ins Mark. Diese Kampagne der CDU/CSU rückte in seiner Wahrnehmung nicht nur die bundesrepublikanische Sozialdemokratie erneut in die enge Nachbarschaft zum Kommunismus und mobilisierte damit einmal mehr die überkommenen antisozialistischen Aggressionen im bürgerlichen Lager. Nach Brandts Auffassung handelte es sich darüber hinaus auch um eine grundsätzliche Attacke, die den demokratischen Fundamentalkonsens zwischen den Volksparteien in der Bundesrepublik infrage stellte.<sup>41</sup> Er musste nämlich einmal mehr zur Kenntnis nehmen, dass in dieser aus seiner Sicht geschichtsblinden Agitation der Unionsparteien die historischen Verdienste der Sozialdemokratie als „Partei der Freiheit“ ganz gezielt und bewusst negiert wurden, auf die er selbst in seinen Reden immer wieder

---

40 So in seiner Rede vom 20. August 1972 (wie Anm. 39), Zitate S. 428 und 442.

41 Vgl. dazu *Faulenbach*, Das Sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 470ff.; ferner die Analyse von *Hans Jörg Schmidt* im Rahmen seiner bis zur Französischen Revolution zurückgreifenden Studie: *Die deutsche Freiheit. Geschichte eines kollektiven semantischen Sonderbewusstseins*, Frankfurt am Main 2010, S. 332ff.

hingewiesen hatte.<sup>42</sup> Und Brandt fühlte sich auch persönlich angegriffen, hatte er sich doch schon als Jugendlicher gegen die totalitären „Versuchungen der Unfreiheit“<sup>43</sup> mutiger und entschlossener zur Wehr gesetzt als die meisten seiner Landsleute, als er den Kampf für die Freiheit zur Maxime seines Widerstands gegen den Nationalsozialismus machte.

Seine Antwort auf die Alternative „Freiheit oder Sozialismus“, die er als „Gespensterformel“ der Unionsparteien bezeichnete, formulierte Brandt in einer Grundsatzrede, die er im März 1976 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing unter dem Titel „Freiheit durch Sozialismus“ hielt.<sup>44</sup> Die Veranstalter hatten den Titel dieser Rede in ihrer gedruckten Einladung zwar mit einem Fragezeichen versehen, aber dass dieses Fragezeichen aus seiner Sicht überflüssig war, untermauerte Brandt in seinem Vortrag dann mit einer Vielzahl von Argumenten. Er ging auf die programmatischen Eckpfeiler der Sozialdemokratie und ihre Tradition als Freiheitsbewegung ebenso ein wie auf die europäischen Dimensionen des Zusammenhangs von Freiheit und Sozialismus. Dies belegte er auch mit dem Verweis auf die aktuellen politischen Entwicklungen in Portugal und Spanien, wo in der Mitte der 1970er Jahre die von Salazar und Franco in der Zwischenkriegszeit etablierten autoritären Regime untergingen und Sozialdemokraten sich als Geburtshelfer der Demokratie besonders stark engagierten.

Die auf kompromisslose Polarisierung ausgerichtete Wahlkampfstrategie der Unionsparteien, die Brandt als eine „anspruchslöse Gesichtsverengung“

---

42 Eine dieser Reden, die er 1978 aus Anlass der 100. Wiederkehr der Verabschiedung des ‚Sozialistengesetzes‘ unter dem Titel „Im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht“ hielt, benannte Brandt mit dem Satz: „Wir verstehen uns auch als die große deutsche Freiheitspartei, und so soll es bleiben.“, abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 170–194, Zitat S. 194. In seiner Tutzinger Rede formulierte Brandt die spitzzüngige Frage: „Warum sollte die Freiheit plötzlich von denen gepachtet sein, die sich historisch eher im Lager der überkommenen Autorität, des obrigkeitsstaatlichen Ordnungsstaates befanden?“. Vgl. *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 498.

43 So der Titel eines Buchs von *Ralf Dahrendorf*, in dem dieser das Verhalten von liberalen Intellektuellen in der NS-Zeit analysiert: *Versuchungen der Unfreiheit. Die Intellektuellen in Zeiten der Prüfung*, München 2006.

44 Abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 496–513, dort auch die folgenden Zitate.

und als „barbarische Demagogie“ attackierte, zielte natürlich auch auf die sozial-liberale Entspannungspolitik gegenüber den Staaten des Ostblocks. Deshalb verdeutlichte Brandt erneut, welche fundamentalen Unterschiede zwischen dem Demokratischen Sozialismus und dem sowjetischen Kommunismus immer schon bestanden hatten und auch weiterhin bestanden. Die Grundidee des Demokratischen Sozialismus sei nämlich das „Frei sein“ von entwürdigenden Abhängigkeiten, wodurch eine „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ erst möglich gemacht werde. Diese Freiheit erfahre der Einzelne in der demokratischen Gesellschaft, die allein den Raum schaffe, um Freiheit zu praktizieren. Daher hätte er, worauf Brandt am Ende dieser Rede hinwies, in seiner Regierungserklärung von 1969 auch „Mehr Freiheit wagen“ statt „Mehr Demokratie wagen“ als seine Handlungsmaxime wählen können: „Und zwar mehr Freiheit durch Demokratie in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen“.<sup>45</sup> In die gleiche Richtung zielte übrigens auch sein erster Memoirenband mit dem programmatischen Titel „Links und frei“.<sup>46</sup>

Brandt verstand sich selbst zwar nicht als Parteitheoretiker, aber seine Überlegungen zum „Problem der Freiheit im Sozialismus“<sup>47</sup>, in denen sich seine Geschichtskennntnisse wie auch seine Geschichtserfahrungen gleichermaßen widerspiegelten, kann man durchaus als einen wichtigen Denkanstoß zum erneuten Nachdenken über den sozialdemokratischen Wertekanon und seiner Verwirklichung charakterisieren. Dass sein Freiheitsverständnis nicht individualistisch begrenzt war, sondern stets auch eine gesellschafts- und gestaltungsbezogene Dimension besaß, die dem Einzelnen persönliche, politische und soziale Freiheitsräume garantieren und erschließen wollte, betonte Brandt sehr häufig. Er definierte das Prinzip „Freiheit“ umfassender als die Vordenker des Liberalismus, ohne jedoch die gemeinsamen antifeudalen Ursprünge der frühliberalen und der sozialdemokratischen Freiheits-tradition in Abrede zu stellen, die in den Traditionen der Aufklärung, der

---

45 Ebd., S. 512.

46 Vgl. Anm. 3. Eine Neuauflage dieses Bandes ist 2012 erschienen.

47 So der Titel der bahnbrechenden Untersuchung von *Susanne Miller* zur programmatischen Frühgeschichte der Sozialdemokratie, Frankfurt am Main 1964.

Französischen Revolution von 1789 und der deutschen Revolution von 1848/49 verwurzelt waren. Aus der Sicht Brandts hatten sich aber in der Expansionsphase der kapitalistischen Industriegesellschaften sowohl das frühliberale Ideal einer „klassenlosen Bürgergesellschaft“<sup>48</sup> als auch die sozialdemokratische Vision eines kollektiven Aufstiegs der Arbeiterschaft als Klasse als unrealistische Perspektiven erwiesen.

Nach der „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ – unter dieser Überschrift hatte der Historiker Gustav Mayer die parteipolitische Entwicklung in Deutschland im Vorfeld der Reichsgründung analysiert<sup>49</sup> – kam es zwar im späten Kaiserreich, während der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik immer wieder zu programmatischen und politischen Annäherungen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, in denen die durchaus vorhandenen Schnittmengen zwischen dem sozialen Liberalismus und dem demokratischen Sozialismus sichtbar wurden. Doch diese Annäherungen waren nicht von Dauer und endeten zumeist im Dissens.

Besonders weit kamen sich beide Seiten beispielsweise in der Anfangsphase der sozial-liberalen Ära nahe. So waren die im Oktober 1971 von der FDP auf einem Parteitag verabschiedeten Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik<sup>50</sup> ein programmatisches Dokument, das sich mit den Vorstellungen Brandts durchaus eng berührte. Die dort getroffene Feststellung, dass man Freiheit nicht nur aus der Perspektive des autonomen Individuums definieren könne, sondern auch die soziale Gerechtigkeit in der gesellschaftlichen Realität verwirklichen müsse, fand ohne Zweifel seine uneingeschränkte Zustimmung und bestätigte seine 1969 gegen innerparteiliche Bedenken durchgesetzte Option für das sozial-liberale Regierungsprojekt.<sup>51</sup>

---

48 Vgl. dazu *Dieter Langewiesche*, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988, S. 20ff.

49 Diese erstmals 1911 erschienene Abhandlung ist erneut abgedruckt worden in: *Gustav Mayer*, *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler*, Frankfurt am Main 1969, S. 108–178.

50 Vgl. dazu *Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel*, *Die Freiburger Thesen der Liberalen*, Hamburg 1972; *Karl Holl/Günther Trautmann/Hans Vorländer* (Hrsg.), *Sozialer Liberalismus*, Göttingen 1986.

51 Vgl. zur Vorgeschichte und zum Prozess der Regierungsbildung von 1969: *Schönhoven*, *Wendjahre*, S. 666ff.; *Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 39ff.

Aber er kannte auch die Schwachstellen der liberalen Programmatik, in der die Begriffe „gleiche Freiheit“, „soziale Gerechtigkeit“ und „grenzüberschreitende gesellschaftliche Solidarität“ keinen dauerhaft gefestigten Stellenwert besaßen.

Brandt hatte jedoch stets die komplexe und widersprüchliche politische Realität der modernen Welt im Blick, wenn er für die Universalität des Freiheitsbegriffs eintrat und dabei die Freiheitsgarantie für den Einzelnen nicht vom gleichen Freiheitsanspruch aller trennte, sondern immer aufeinander bezogen dachte. Aus seiner Sicht hatte eine Verfassung der Freiheit über die grundrechtlich garantierte persönliche Freiheit sowie über das Recht auf individuelle Selbstbestimmung und ökonomische Selbstverwirklichung hinauszureichen. Eine Verfassung der Freiheit musste nach Brandts Verständnis nämlich auch eine klare überindividuelle Dimension haben, die auf soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebenschancen ausgerichtet war und sich an einem solidarischen Menschenbild orientierte. Liberale Bürgerrechte, soziale Grundrechte und gesellschaftliche Solidarität waren in Brandts universell angelegter Freiheitskonzeption untrennbar miteinander verbunden.

Brandts Freiheitsdefinition war außerdem zukunfts offen. Sie war für ihn „nicht nur ein Zustand“, sondern zugleich immer „ein Ziel“, das man permanent anstreben müsse, „auch in dem Wissen darum, dass der jeweilige Horizont keine feste Grenze ist“.<sup>52</sup> Die Zukunft war für ihn also nicht vorherbestimmt durch unveränderliche und nicht mehr korrigierbare politische, ökonomische, ökologische oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Fakten. Brandt glaubte weder an ein „Ende der Geschichte“<sup>53</sup> noch ließ

---

52 So in seiner Rede „Friedrich Hecker. Revolutionärer Demokrat und Sozialist“, abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 87–113, Zitat S. 91.

53 Mit der These, dass nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sich überall auf der Welt die liberale Demokratie und die Marktwirtschaft durchsetzen würden und die Geschichte damit an ihr Ende kommen würde, löste der neokonservative amerikanische Politikwissenschaftler *Francis Fukuyama* am Beginn der 1990er Jahre eine kontroverse Debatte aus. Vgl. die deutsche Übersetzung seines Buchs: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992. Brandt hätte dieser mit marxistischen Methoden argumentierenden These zweifellos nichts abgewinnen können.

er sich von postpolitischen Kassandrarufern überzeugen, wonach sowohl ökonomisch wie ökologisch bald die Grenzen des Machbaren und Beherrschbaren erreicht seien. Politikwissenschaftliche Spekulationen, die von unaufhaltsamen Entwicklungen und unumkehrbaren Prozessen ausgingen, die sich nicht mehr beeinflussen ließen, waren seinem Denken fremd. Brandt war kein Fatalist, sondern er vertraute auf die Lernfähigkeit von mündigen Menschen.

Für Brandt blieb die Zukunft gestaltbar, wobei er auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit verwies, die in jeder historischen Epoche auch von Veränderungen geprägt gewesen war. Den Demokratischen Sozialismus definierte Brandt aus dieser zukunfts zugewandten Perspektive deshalb nicht deterministisch, sondern als einen „Entwurf auf Freiheit hin, der offen bleibt, in Bewegung und damit menschlich“ ist<sup>54</sup>, als „einen Sozialismus, der Freiheit voraussetzt und Freiheit bewirkt“.<sup>55</sup> Diesen normativen Kern seines politischen Denkens hat Brandt in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender der SPD im Juni 1987 nochmals eindrucksvoll hervorgehoben, als er bekannte: „Wenn ich sagen soll, was mir neben Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen. Freiheit des Gewissens und der Meinung. Auch Freiheit von Not und Furcht“.<sup>56</sup>

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten sah sich Brandt dazu herausgefordert, seiner eigenen Partei nochmals zu verdeutlichen, „worin sich unser Sozialismus von dem grundlegend unter-

---

54 Beide Zitate stehen am Ende seiner Rede „Karl Marx in Geschichte und Gegenwart“, die er am 4. Mai 1977 in Trier hielt, abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 93–113, Zitat S. 113.

55 So in seiner Antrittsrede als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, abgedruckt in: *Willy Brandt, Berliner Ausgabe*, Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearb. von *Bernd Rother/Wolfgang Schmidt*, Berlin 2006, S. 161–177, Zitat S. 167. Zu weiteren Quellenbelegen zu Brandts Freiheitsverständnis vgl. *Grebing, Willy Brandt. Der andere Deutsche*, S. 123ff.

56 Brandts Abschiedsrede auf einem Außerordentlichen Parteitag der SPD am 14. Juni 1987 ist als separate Veröffentlichung erschienen: *Willy Brandt, Die Abschiedsrede*, Berlin 1987, Zitat S. 13.

scheidet, was daraus anderswo gemacht wurde“.<sup>57</sup> Erneut erläuterte er die programmatischen Prinzipien und die historischen Leistungen des Demokratischen Sozialismus; erneut prangerte er den Missbrauch des Sozialismusbegriffs durch kommunistische Diktaturen an und forderte die Sozialdemokratie auf, diese totalitäre Begriffsfälschung nicht hinzunehmen; erneut verdeutlichte er, dass sich seine Partei weder von ihrem traditionellen Namen „Sozialdemokratie“ noch von ihrem programmatischen Konzept des Demokratischen Sozialismus, den er in dieser Rede ganz bewusst als „freiheitlichen Sozialismus“ charakterisierte, abbringen lassen dürfe. Und er zitierte eine Feststellung seines schwedischen Freunds Olof Palme, der einmal gesagt habe: „Wenn wir nicht mehr von Sozialismus zu reden wagen, hat der Gegner halb gewonnen.“<sup>58</sup>

Wollte man zwei Jahrzehnte nach dem Tod von Willy Brandt beurteilen, ob sich diese Prophezeiung Olof Palmes bewahrheitet hat, müsste man die seitdem in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu verzeichnenden Erschütterungen und Umbrüche reflektieren und in diesem Kontext die in der Sozialdemokratie seit der deutschen Vereinigung geführten Grundsatzdebatten über weltanschauliche Orientierungen, programmatische Perspektiven und politische Optionen der Partei sorgfältig gewichten. Die hierzu bislang vorliegenden Befunde sind je nach wissenschaftlichem oder politischem Standort sehr unterschiedlich ausgefallen. Auf der einen Seite des Spektrums findet sich die These, die einst geschichtsmächtige Idee des Demokratischen Sozialismus habe sich überlebt und sei in der heutigen Welt unzeitgemäß geworden. Auf der anderen Seite des Spektrums herrscht die gegenteilige Auffassung vor. Hier betont man die politische Aktualität des Demokratischen Sozialismus, die über pro-

---

57 So in seiner am 13. September 1991 in Nürnberg gehaltenen Rede „Die Zukunft der Sozialdemokratie (und des freiheitlichen Sozialismus)“, abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 572–585, dort die folgenden Zitate.

58 Diesen Satz zitierte Brandt in seiner Rede „Zwanzig Jahre Godesberger Programm“, die er im November 1979 hielt. Abgedruckt in: *Brandt, Im Zweifel für die Freiheit*, S. 445–463, Zitat S. 448. Den Begriff „freiheitlicher Sozialismus“ hatte Brandt im Laufe seines Lebens wiederholt verwendet, beispielsweise in seiner Berliner Rede im Mai 1949. Vgl. hierzu auch den von *Heiner Flohr/Klaus Lompe/Lothar F. Neumann* hrsg. Sammelband *Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis*, Bonn-Bad Godesberg 1973.

grammatische Gedenkrituale weit hinausreiche, und verweist auf seine ungebrochene Zukunftskraft, wenn es – wo auch immer – um die Verwirklichung von mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit in der Welt gehe.<sup>59</sup>

Diese unterschiedlichen Beobachtungen und Befunde lassen sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wenn man jedoch – wie Willy Brandt – „an die Veränderbarkeit menschlicher Verhältnisse“ glaubt, dann wird man auch folgende Worte von ihm bedenken: „In meinem Leben habe ich viele Illusionen wachsen und schwinden sehen. Viel Verwirrung, Eskapismus und Simplifikation. Hier mangelte Verantwortungsbewusstsein, dort fehlte Phantasie. Aber ich habe auch erfahren, was Überzeugungstreue, Standhaftigkeit und Solidarität bedeuten können. Ich weiß, wie sich moralische Stärke gerade in größter Bedrängnis entfaltet. Manches, was totgesagt war, hat sich als lebendig erwiesen.“<sup>60</sup>

---

59 Vgl. dazu beispielsweise die im theoretischen Umfeld der SPD in den letzten Jahren geführten kontroversen Diskussionen in den Zeitschriften „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ und „Perspektiven ds. Perspektiven des demokratischen Sozialismus“.

60 So in seiner Rede am 11. Dezember 1971 in Oslo anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn, abgedruckt in: *Willy Brandt, Frieden. Reden und Schriften des Friedensnobelpreisträgers 1971*, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 148–166, Zitate S. 163f.

## Zum Autor

### Klaus Schönhoven



war von 1984 bis 2007 Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim; seit 1981 Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD; von 2001 bis 2011 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg; seit 2003 Vorstandsmitglied der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert; zur Parteien- und Sozialgeschichte in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik; zur Vergangenheits- und Erinnerungspolitik in Deutschland und Europa.

Neben der hier vorgestellten Quellendokumentation zuletzt gemeinsam mit Walter Mühlhausen (Hrsg.), *Der deutsche Sozialstaat im 20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Bonn 2012.

## Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

### Zuletzt sind erschienen:

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012 (i. E.).

(Gesprächskreis Geschichte; 97)

ISBN 978-3-86498-410-5

Mike Schmeitzner

Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 50 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 96)

ISBN 978-3-86498-153-1

Marc Buggeln

Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 170 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 95)

ISBN 978-3-86498-090-9

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 94)

ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkerling

„Flucht und Vertreibung“ ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauer-  
ausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Diskus-  
sion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012.  
– 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn:  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933.  
Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 91)

ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesell-  
schaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen  
Demokratie, 2011. – 92 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 90)

ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 89)

ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 88)

ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 60 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9